

Stalin ist entlarvt!

Der Bolschewismus hat eine vernichtende Niederlage erlitten. Die ganze freche Lügenpropaganda, mit der Stalin und sein läbäisches Helfertumourium der bolschewistischen Weltrevolution die Bahn frei zu machen suchten, ist mit einem Schlag zusammengebrochen. Stalin ist entlarvt, seine Taktik ist entblößt. Nun hat die ganze Welt ein Beispiel für die niederrüchtigen Methoden, mit denen die Sovjets ihre Herrschaftstaten tarnen und ihre unterirdische Wahlarbeit betreiben.

Wir müssen uns noch einmal daran erinnern, wie Moskau die Weltung von dem Verschwinden Budenkos aus Bukarest aufnahm. In der Sowjetpresse hob ein hysterisches Geschrei an. Die wildsten Anschuldigungen wurden laut, man verdächtigte das rumänische Kabinett Goga, daß es Budenko bestreitete habe, und sprach von „rumänischen Geschäftsträgern“, die den sowjetischen Geschäftsträger menschlings ermordet hätten. Diese unverhüllten Unterstellungen schließlich noch durch einen offiziellen Protestschrift Stalins in Bukarest bestätigt. Stalin wurde die freche Behauptung aufgestellt, daß Budenko vermutlich einem „politischen Verbrechen“ zum Opfer gefallen sei. Um schließlich der Provokation die Krone aufzusetzen, ordnete Moskau von der rumänischen Regierung die „Erregung wissamer Maßnahmen zur Feststellung der Schuldigen und deren strenge Bestrafung.“

Man sieht sich einmal vor, was dieser Protestschrift bedeutet: Moskau untersiebt dem rumänischen Kabinett die Schuld an dem plötzlichen Verschwinden des sowjetischen Geschäftsträgers und fragt die Männer der Bukarester Regierung an, daß sie sich zum Mörder an einem Sowjetvertreter gemacht hätten. Dann das bedeutet der offizielle Moskauer Protest! Erst in diesen Tagen hat Stalin seine Drohungen gegen Bukarest dadurch verstärkt, daß er auch der neuen Regierung den Kampf angefangen und in ziemlich unverhüllter Form möglichstens ein kriegerisches Unternehmen gegen Rumänien angeläufigt hat. Das alles, weil Rumänien sich dagegen wehrt, vor dem das Bolschewismus in Europa zu werden, wie es die Tschechoslowakei seit Jahren ist.

Zuletzt ist durch das Auftauchen des verschwundenen Bukarester Geschäftsträgers in Rom die Wahrheit ans Licht gekommen. Budenko hat selbst ausgesagt, daß er den Fenstern der S.P.U. entflohen sei, die ihm auf den Haken waren und — wie wissen es aus zahllosen anderen Beispielen — ihn ebenso um die Ecke gebracht hätten, wie sie es mit vielen anderen diplomatischen Vertretern Moskaus gemacht haben. Budenko war schneller als die S.P.U.-Agenten. Er ist ihnen entwischt und hat Aufsucht in Rom gefunden, wo er sicher ist vor den Stalinistischen Blutbünden. Und jetzt redet er sich seinen ganzen Abreihen gegen das Mordsystem des roten Diktators von der Seele und wird somit zum Hauptankläger gegen den Massenmörder Stalin und seine Mordbanden.

Nun wissen wir: Auf einer frechen Lüge war der Feldzug Moskaus gegen Rumänien aufgebaut. Stalin wußte ganz genau, daß Budenko seinen Höhern entwichen ist. Und obwohl er damit rechnen mußte, daß sich der Sowjetgeschäftsträger in Sicherheit bringen und eines Tages das Geheimnis von Bukarest enthüllen würde, erhob er die ungeheuerlichsten Beschuldigungen gegen die rumänische Regierung, die er durch die Drohung von militärischer Gewalt noch verstärkte.

Wir sehen die Freude des Weltbolschewismus unverhüllt vor uns und erkennen das Untermenschenum in seiner ganzen Verkommenheit und Gemeinheit. Budenko ist zum Kronzeugen gegen den Bolschewismus geworden. Er hat dazu beigetragen, Stalin nicht zu zeigen, und wir dürfen hoffen, daß seine Enthüllungen im „Giornale d'Italia“ mithelfen, der Welt und namentlich den westlichen „Demokratien“, die sich von glatzünglichen Sowjetagenten haben beschwören lassen, die Augen zu öffnen.

Das Verständnis zur Weltrevolution, das der rote Punkt im Kreis dieser Tage ausgesprochen hat, war der Offensivbefehl für die Unterwertheite des Bolschewismus in allen Ländern. Nur wenige Staaten haben diesen Befehl verstanden. Andere haben ihn nur als Täuschung verzeichnet, als wäre er eine harmlose Verlausbarung ohne jegliche Bedeutung. Die „Demokratien“ legen sich Schuppen an. In ihrer verantwortungslosen Politik sehen sie Staaten- und Völker dem bolschewistischen Vernichtungswerk wehrlos aus. Sie werden sich doch entscheiden müssen, so sehr sie sich auch davor drücken. Stalin hat die ganze Welt den Kampf angefangen; nun ist es an denen, denen die Kampfansage gilt, sich zur Verteidigung zu sammeln, um die große Weltgefahr von den Völkern abzuwenden. Der Bolschewismus muß geschlagen werden. Erst dann wird positive Friedensarbeit geleistet werden können.

Deutschland und die mit ihm in der antibolschewistischen Front vereinten Völker haben den Weg zum Sieg über die bolschewistische Weltgefahr gewiesen. Der Zeitpunkt ist da, wo sich auch die anderen Völker entscheiden müssen: Entweder — Oder! Keine Kompromisse erhöhen nur die Gefahr.

Tagung des Kulturfreises der SA.

Aussprache des Stabschefs.

Am Todestage Horst Wessels versammelt sich auch in diesem Jahre der Kulturfreis der SA. Die Tagung, die in der Reichshauptstadt durchgeführt wird und an der auch die Referenten für Weltanschauung und kulturelle Dienstleistung der Gruppen der SA teilnehmen werden, findet vom 22. bis 24. Februar statt. Sie wird am Abend des 22. Februar mit einer Feierstunde im Theater am Horst-Wessel-Platz eröffnet. Am Vormittag des 23. Februar, an dem die Tagungsteilnehmer sich zur Kranzniederlegung am Grab von Horst Wessel versammeln, findet anschließend ein Empfang des Kulturfreies durch Reichsleiter Alsfeld Rosenburg statt. Die eigentliche Arbeitstagung, in deren Mittelpunkt eine Rede des Obergruppenführers Lüdke steht, wird mit einer Ansprache des Stabschefs eröffnet. Am Abend findet im Berliner Funkhaus eine Feierstunde: „Ewig lebt die SA!“ statt, in deren Verlauf die Namen der diesjährigen Träger der vom Globus gestifteten Kulturpreise verkündet werden.

Am 24. Februar werden der Stabsführer der Obersten SA-Führung, Obergruppenführer Herzog, der Reichskulturbund, Brigadeführer Franz Moraller, und Oberstfahrtmeister Kähn vor den Tagungsteilnehmern das Wort ergreifen. Den Abschluß des Treffens bildet ein Kameradschaftsabend im Haus der deutschen Presse.

Volks-, Berufs- und Betriebszählung

Am 17. Mai — Wie sie durchgeführt wird

Am Dienstag, dem 17. Mai 1938, findet die große Volks-, Berufs- und Betriebszählung statt. Es ist die weiteste umfassende Zählung dieser Art, die im nationalsozialistischen Deutschland durchgeführt wird; die erste Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Dritten Reich fand nach der Nachübernahme im Frühjahr 1933 (im Saarland im Frühjahr 1933) statt.

Die Zählung 1938 wird einheitlich im ganzen Deutschen Reich durchgeführt. Sie soll für zahlreiche wichtige Angaben auf dem Gebiete der allgemeinen Staatsführung, der Verwaltung, der Bevölkerungspolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Schul- und Kulturpolitik und des ganzen öffentlichen Lebens neue Grundlagen zur Beurteilung der Bevölkerung von Volk und Wirtschaft liefern; darüber hinaus dienen sie in besonderer Weise den Zwecken des Vierjahresplanes. Die Handlungen im Bevölkerungsaufbau seit 1933, die verlustreichen Umstürzungen, die Ausrichtung der Wirtschaft auf weitläufige Planung, die Maßnahmen zur Erringung der Rohstoff- und Arbeitslosigkeit und vieles andere machen es erforderlich, sich ein klares Bild über die weiteren Maßnahmen verfügbaren Arbeitskräfte und Arbeitsplätze zu verschaffen.

Das Zählungswerk besteht aus einer Volkszählung, einer Berufszählung, einer landwirtschaftlichen Betriebszählung und einer Zählung aller nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten.

Die Unterlagen zur Volks- und Berufszählung werden mit Hilfe der sogenannten Haushaltungsliste gewonnen. In der Haushaltungsliste sind sämtliche zur Familie oder Haushaltung gehörigen Personen einzeln aufzuführen, mit den nötigen Angaben über Geschlecht, Alter, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, Muttersprache, Volksangehörigkeit, über den Beruf und etwaige Nebenberufe. Diese Unterlagen ermöglichen eine eingehende Gliederung des gesamten Bevölkerungsbestandes nach den individuellen Eigenschaften und der beruflichen Tätigkeit der einzelnen Einwohner des Reichs.

Die Volkszählung wird ergänzt durch besondere Familienstatistische Gesetzstellungen (Kinderzahl der Ehen u.v.m.), die wichtige Unterlagen für die Durchführung der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik liefern. Außerdem ist mit der Volkszählung exakt eine Abstimmungserhebung verbunden, durch die zuverlässige Unterlagen über die Zahl der Juden und der jüdischen Mischlinge gewonnen werden können.

Die landwirtschaftliche Betriebszählung soll Ausschluß geben über Zahl und Größe der landwirtschaftlichen Betriebe, über die Gliederung der in der Landwirtschaft

tätigen Verbetriebe, über die landwirtschaftliche Bewirtschaftung, den Viehbestand, den Stand der landwirtschaftlichen Technik (Maschineverwendung usw.) — Unterlagen, die für die planmäßige Weiterführung unserer Agrarpolitik von grundlegender Bedeutung sind.

Die Arbeitsstättenzählung

erfaßt alle nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten. Sie erstreckt sich bisweilen nicht nur auf alle Handwerks-, Industrie- und Betriebsbetriebe, sondern darüber hinaus auch auf alle Arbeitsstätten der Verbände, der Partei und ihrer Mitgliederungen, der freien Berufe u.w.

Genaue Beantragung der Fragebögen

Die Einzelheiten des Erhebungs- und Bearbeitungsprogramms sind durch eine Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums festgelegt. Es handelt sich um das größte Zählungswerk, das je im Deutschen Reich durchgeführt wurde. Es kann nur dann mit vollem Erfolg zum Abschluß gebracht werden, wenn die gesamte Bevölkerung sich in den Dienst der Sache stellt, wenn im Besonderen die zur Ausfüllung verpflichteten Familienvorstände und Betriebsleiter die Fragebögen so gewissenhaft und so pünktlich wie möglich beantworten.

Die Angaben der einzelnen Familien, Personen und Betriebe unterliegen der Amnestieversiegelung; jedes Eintragen in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse ist nach § 4 des Gesetzes vom 4. Oktober 1937 ausgeschlossen.

Die Durchführung der Zählungen innerhalb einer Gemeinde

Innerhalb einer jeden Gemeinde liegt den Bürgermeister an ob, die auch die Zähler zu bestellen haben. Zusätzlich werden für die Durchführung der Erhebungen in den 50 000 Gemeinden des Deutschen Reiches rund 600 000 ehrenamtliche Zähler benötigt.

Am Zähltag keine besonderen Veranstaltungen

Die Zählung wird eine Art Momentaufnahme von Volk und Wirtschaft darstellen. Zur Gewinnung eineszuregenden Bildes soll daher möglichst alles vermieden werden, was das normale Bild erheblich verändert. Es sollen deshalb nach der Durchführungserordnung Veranstaltungen, welche den Stand der ortssitzenden Bevölkerung vorabend wesentlich verändern können, wie Festveranstaltungen, Zäuber, Sturm- und Viehmärkte, große Gerichtsverhandlungen u. dgl. über Zeit der Zählung möglichst vermieden werden.

Die Leitung des Zählungswerkes obliegt dem Statistischen Reichsamt, das zugleich die Bearbeitung des gewaltigen Zählungsmaterials für das Land Preußen selbst durchführt. Die Bearbeitung für die übrigen Gebiete des Reiches erfolgt in den zuständigen Statistischen Landesämtern.

Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik

Der Reichsminister der Finanzen, Graf Schwerin von Krosigk hält auf Einladung der Finnisch-Deutschen Gesellschaft in Helsinki einen Vortrag über die deutschen Finanz- und Wirtschaftsprobleme. Der Minister ging von den zwei Faktoren aus, die gegenwärtig das deutsche Wirtschaftsleben bestimmen: Die Devisenknappheit und die Beanspruchung des Wissenskommens für große einmalige Aufgaben. Er schilderte die Einwirkungen des Weltkrieges, des Verfallen Diktats, der Einbuße der deutschen Besitzungen und Anlagen im Auslande und der Reparationszahlungen. Deutschland wurde, so sagte er, umgekehrt wie die Vereinigten Staaten von Amerika, mit einem Schlag vom Gläubigerland größten Ausmaßes zum Schuldnerland größten Ausmaßes. Die Weltwirtschaftskrise habe schließlich den trügerischen Scheiterkreis, der die wirkliche Lage der deutschen Wirtschaft und Währung verhüllt hatte.

Graf Schwerin von Krosigk ging dann auf die Arbeitsbeschaffungs- und Finanzierungsmethoden der nationalsozialistischen Regierung ein. Er schilderte den Übergang von der Deflationspolitik zur Politik der Ausweitung der öffentlichen Ausdrücke, die allmählich immer plannmäßigere Gestalt angenommen hätten. Hierzu seien gevaltige Einzelvorhaben wie die Wiederausbauhalle und der Vierjahresplan gekommen. Die Beschaffung der Mittel sei zunächst kurzfristig erfolgt. In der Hauptsache sei lediglich eine Kreditinrichtung eingetreten. Im Verein mit der sorgfältigen Pflege des Geld- und Kapitalmarktes habe die Belebung der Wirtschaft zum Anlaufen von neuem Kapital geführt. Hierdurch seien die Kostensicherungen ermöglicht und die Basis für die Begebung von Reichsanleihen frei gemacht worden.

Die Besserung der öffentlichen Einnahmen, die auf der Wirtschaftsbefreiung, der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und sparsamer Haushaltspolitik beruhe, habe auch die Entwicklung wachsender Beiträge für die Rückzahlung der kurzfristigen Schulden ermöglicht. Natürlich erforderte die Durchführung großer Aufgaben, wie überall, so auch in Deutschland. Der Minister zeigte dann, wie Deutschland das schwierige Problem der Stabilisierung von Preisen und Löhnen meiste, und ging schließlich auf die handelspolitische Lage und die Notwendigkeit der Rohstoffsicherung ein. Er zeigte die bisherigen Ergebnisse der Vierjahresplanpolitik auf und betonte, daß das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik keineswegs die völlige Autarkie sei. Eine starke Beteiligung Deutschlands am Welthandel werde immer eine wirtschaftliche Notwendigkeit für Deutschland bleiben.

Erziehung der Frau zur Mutter

Reichsrauenschülerin weilt erste Heimimittelschule

Das Deutsche Frauenwerk, Gau Koblenz-Trier, hat aus dem ehemaligen Burghotel bei Ramstein (Kreis Trier) eine Heimimittelschule, die erste ihrer Art im ganzen Reich, errichtet lassen, die bewußt für die Frauen der ärmsten Grenzkreise geschaffen wurde. Die Schule wurde in einer Feierstunde von der Reichsrauenschülerin, Frau Schöck-Alink, ihrer Bestimmung übergeben.

In Anwesenheit von Gauleiter Simon sowie einer Anzahl führender Persönlichkeiten der Partei aus dem Gau wies die Reichsrauenschülerin darauf hin, daß in den Heimimittelschulen den jungen Frauen und Mädchen der Mut gestärkt und die Kraft gegeben werden sollen, in jeder Lage durchzuhalten. Die Seele der Frau müsse gewonnen und das Vertrauen auf ihre eigene schöpferische Kraft gestärkt werden. Das Schönste Ziel des Mutterdienstes liegt darin, die deutsche Frau zur Mutter, zur leiblichen und seelischen Mutter der Nation zu erziehen. In dieser ersten Heimimittelschule sollen die Frauen sich vier Wochen lang erholen und kräftigen können. Gleich-

zeitig würden sie aber auf den lebenswichtigen Gebieten eingehend geschult werden, so daß sie nach Beendigung des Kurses gelernt hätten, wie man den Haushalt verbessern und für Mann und Kinder das Heim noch schöner und sonniger gestalten könne.

Die gymnasiale Erziehung im BDM.

Hinrich Medau vom Jugendführer berufen.

Auf Grund des Aufrufs an die Gymnasiallehrer und Lehrerinnen, den der Jugendführer des Deutschen Reiches Walther von Schirach, zur Mitarbeit im BDM-Werk „Glaube und Schönheit“ vor einigen Tagen erließ, gaben zahlreiche Schreiber ein, in denen sich bewährte erprobte Fachkräfte dem Wert der Jugend zur Verfügung stellten.

Den Leiter der Medau-Schule, Hinrich Medau, berief der Reichsjugendführer in seinem Stab und beauftragte ihn, die Heranbildung und Ausbildung der erzieherischen Kräfte zu übernehmen, die für die gymnasiale Arbeit des BDM-Werkes „Glaube und Schönheit“ eingesetzt werden sollen.

Hinrich Medau vom Jugendführer berufen.

Der Ausschuß für Versicherungen & wesen der Akademie für Deutsches Recht hat einen Gesetzentwurf zur Regelung des privaten Krankenversicherungsrechts ausgearbeitet.

Wieber waren auf dem Gebiete der privaten und vertraglichen Krankenversicherung (im Gegensatz zu gesetzlichen Staatsversicherung der Sozialversicherung) die Beziehungen zwischen Versicherer und Versicherten nicht rechtlich geregelt. Da die private Krankenversicherung über neuartige Millionen deutscher Volksgenossen umfaßt, hat die nationalsozialistische Staatsführung im Interesse zu früheren Regierungen sich der Aufgabe unterlegen, für diesen der Vollbeschäftigung dienten, vertraglichen wirtschaftlichen und sozialpolitisch gleichmäßigen bedeutsamen Ver- sicherungsrechts ein Recht zu schaffen.

Der Erlass der Auswendungen für die Rücksichtnahme (Arzt, Arztrecht, Krankenhaus- und Tarifvertröste), oder b) in lebenserhaltende Leistungen (Wohlfahrt, Krankengeld, Sterbegeld).

In der Frage der sogenannten alten Leidens steht der Erinner vor, daß im Einzelfalle eine vertragliche Regelung zu erfolgen hat. Damit ist der Weg gezeigt für eine Einwidlung, die darauf abzielt, auf den Einwand des „alten Leidens“ zu verzichten, wenn während einer gewissen Zeit nach Abschluß des Versicherungsvertrags ein Rückzugsfälligkeitszeitraum entsteht. Für den Abschluß der Haftung für alte Leiden, deren Einziehung in die Versicherung eine notwendige Erhöhung der Prämien zur Folge haben muß, ist der Erinner eine besondere Einverständniserklärung des Versicherungsbüro vorgesehen.

Damit der rechtlich Versicherte nach Ablauf einer gewissen Frist nicht mehr zu beklagen braucht, wegen gezeigter Ansprüche der Versicherer im Alter oder infolge besonderer Nothilfe ausgeklossen zu werden, gewährt ihm der Erinner mit zwangsläufiger Wirkung einen weitgehenden Altersschutz. Dem Interesse an der Erhaltung der Vollbeschäftigung dient eine wichtige Beleidigung, die dem Versicherer die Möglichkeit gibt, Krankheitsverhütungsmaßnahmen zu treffen, ohne daß eine Krankheit bereits vorliegt. Wenn die private Krankenversicherung mit der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht zusammentrifft, soll der Versicherungsbüro nicht an den Vertrag gebunden sein. Doch muß er dem bisherigen Versicherer den Eintritt der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht nachweisen.